

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Mittel zur Milderung wirtschaftlicher Störungen

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Die heutige deutsche Wirtschaftslage weist merkwürdige Eigenheiten auf. Während der größte Warenhunger vorhanden ist, hat der Warenabsatz zu den miserabelsten Standungen geführt. Würden von diesen Standungen nur solche Geschäftsleute betroffen, die falsch spekuliert haben, dann wäre es überflüssig, sich eingehender damit zu befassen. Denn der Spekulant weiß (oder er sollte es wissen), daß er ebenso gewinnen wie verlieren kann, und wenn er plötzlich verliert, wo er zu gewinnen hoffte, so mag er das mit sich selber ausmachen. Eine öffentliche Angelegenheit aber ist es, wenn sich sozusagen über Nacht die Wirtschaftslage ändert; wenn viele Geschäftsleute in den abwärtsgehenden Strudel mit hineingerissen und viele Arbeitnehmer arbeitslos werden. Denn das wird dem einleuchten, daß die wachsende Arbeitslosigkeit kein geeignetes Mittel ist, die deutsche Volkswirtschaft zu heben und zu festigen. Darum aber geht es: Wie ist der immer bedrohlicher werdenden Absatzstörung und der damit verbundenen wachsenden Arbeitslosigkeit zu begegnen?

Wenn man nach Mitteln zur Binderung der augenblicklichen wirtschaftlichen Nöten suchen will, muß man sich zuerst darüber klar zu werden suchen, wie sie entstanden sind. Die Hauptursachen sind: Der lange Krieg, der bedrückende und einengende Friedensvertrag. Den Krieg können wir natürlich nicht ungeschehen machen. An den Bestimmungen des Friedensvertrages aber könnten die bedrückendsten Fesseln abgestreift oder gelockert werden, wenn die richtige Einsicht bei den maßgebenden Siegerstaaten einfließen würde. Unablässig muß dafür gewirkt werden. Im besonderen ist der Umschwung der Wirtschaftslage anfangs März dieses Jahres vor sich gegangen. Am 28. Februar d. J. kostete 1 Dollar in New York noch 100,40 M (im Frieden 4,20 M), am 12. März kostete er 72,90, am 14. April 53,90 und am 26. Mai 34,70 M (das war der höchste Stand der deutschen Mark im ersten halben Jahr 1920). Ähnlich war die Entwicklung des Preises für das deutsche Geld in der Schweiz und in Holland. Als die deutsche Mark im Preise stieg, gingen die Ausfuhrmöglichkeiten zurück und die Einfuhrmöglichkeiten nahmen zu. Für die Einfuhr von Lebensmitteln wurde die Gelegenheit zum Kaufen dadurch günstigere; aber die Erschwerung der Ausfuhr und die Erleichterung der Einfuhr (außer Rohstoffen und Lebensmitteln) drückten auf den deutschen Warenmarkt. Dieser Druck bewirkte im deutschen Großhandel einen starken Preisfall. Auf der einen Seite wäre so der Markt erweitert, auf der anderen Seite aber dafür eingengt worden. Was das Ausland weniger aufgenommen hätte, das hätte das Inland mehr aufnehmen können; eben, wenn die Preise so gefallen wären, daß die breiten Volksmassen nun auch wirklich hätten erhebliche Bestände kaufen können. Das war aber nicht der Fall. Die Volksmassen blieben trotz des Preisrückganges (der im Kleinhandel nicht so gleich und dann auch nicht so stark zu verspüren war) launfähig. So war also die Ausfuhr erschwert und der Absatz im Inland hob sich nicht oder ging sogar hoch zurück. Dieses Zusammenreffen der Ausfuhrstörung und des Rückganges des Verbrauchs im Inland hat zu scharf empfundenen Geschäftsrückgängen in einzelnen Geschäftszweigen geführt.

Als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die restlose Ausnutzung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten sowie „Umbau der Erwerbslosenunterstützung in eine produktive Arbeiterfürsorge“ empfohlen worden. Das wäre also (etwas verständlicher ausgedrückt) eine Verbesserung des Arbeitsnachweiswesens, Hebung und Förderung eines gefunden und volkswirtschaftlich fördernden Unternehmungswillens und an Stelle der Selbstunterstützung Arbeit, die neue Werte schafft. Hier soll auf die Einzelheiten nicht näher eingegangen werden. Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß auf diese Weise

manche Not gelindert werden kann, ohne daß der Staat dadurch allzusehr belastet wird. Die Schwierigkeiten, die bei der Unterbringung der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt sind, dürfen aber keineswegs unterschätzt werden. Man kann die Arbeiter (insbesondere die mit Familien) nicht so hin- und herschieben, wie die Figuren auf einem Schachbrett. Das also ist dem wünschenswerten Ausgleich hinderlich. Jedenfalls solange es ohne Wanderungen einigermaßen geht, muß der Wanderversuch aufgehoben werden; es sei denn, daß sich innerhalb der Arbeiterschaft selber der Wunsch nach der Veränderung geltend macht. Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten ist durch Private und durch den Staat möglich: Die private ist von den Gewinnaussichten abhängig und die sind im Augenblick im allgemeinen nicht gerade sehr günstig. Die Lasten aus dem Friedensvertrag wirken außerordentlich hemmend auf die Entschlußkraft der vorhandenen und werdenden Unternehmer ein. Aber immerhin, geschehen kann hierin manches zur Besserung. Ihr Sinnen und Trachten (ebenso das der leitenden Staatsmänner) muß auf eine geeignete und billigere Güterherstellung gerichtet werden. Die Betriebe müssen von innen heraus (durch größere Wirtschaftlichkeit im Ankauf und Verbrauch der Stoffe, durch ein zweckmäßigeres Hand-in-Hand-Arbeiten zusammengehöriger Betriebsarten, durch bessere Arbeitsmethoden, leistungsfähigere Maschinen, bessere und billigere Betriebsarten u. ä.) erneuert und ertragsreicher gemacht werden. So kann z. B. die Kohle an Ort und Stelle für die mannigfachen Verwendungsarten viel zweckmäßiger aufbereitet werden. Kurz, es muß und kann möglich gemacht werden, daß die Waren bei verhältnismäßig angemessenen Löhnen billiger werden. Das ist nur durch eine Erneuerung und Verbesserung der Betriebe möglich, also von innen heraus, nicht von außen her.

Das Verbot vom Preisabbau ist in der Weise, wie es vielfach gepflegt wird, ganz sinnlos. Es hilft uns nicht im mindesten, wenn etwa die Preise der Waren in demselben Maße fallen wie die Löhne, Gehälter und Einkommen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß solche mechanischen Preisrückgänge uns nicht ein Stück Brot, kein Paar Schuhe, keinen Anzug mehr schaffen. Es fördert uns auch nicht, wenn wir in Naturalien entlohnen. Einzig und allein mehr und billigere Erzeugnisse können uns vorwärts bringen. Durch äußerliche Maßnahmen (wie Preisabbau, andere Entlohnungsarten) können wir den Karren, der da in den Dreck gefahren ist, nicht heraus bekommen. Aber durch innere Wandlungen der Betriebe, der geistigen und leiblichen Kräfte wird mehr geschaffen, mehr hergestellt werden können. Solange das nicht geschieht, werden alle Lohnerhöhungen, alle kleinen Mittel und Mitteln zur Hebung der Erträge im Winde verhauchen. Wie es im einzelnen möglich ist, vorwärts zu kommen, das müssen sich die Fachleute gründlich und ernstlich überlegen. Ganz allgemein soll hier zur Anregung darauf hingewiesen werden, daß die Frage von einer ganz anderen Seite her, wie dies bisher üblich war, angegriffen werden muß. Es darf nicht gesagt werden, die Herstellungskosten steigen, also können die Waren nicht billiger werden, sondern sie werden sogar steigen. Unternehmer und Unternehmen müssen entstehen, die sich sozusagen auf den Boden der Tatsachen stellen und sich sagen, du stellst ein Paar Stiefel zu 100 oder 150 M her, einen Anzug zu 400-600 M anstatt zu 200 M, Wäsche zu 50-70 M, anstatt zu 200 M das Stück. Du sinnst und bemühest dich solange, bis du eine Lösung gefunden hast; solange bis du Waren herausbringst, die der derzeitigen Kaufkraft der breiten Volksmassen entsprechen. Die genannten Zahlen sollen nur Beispiele, keine Maßstäbe sein. Wir können uns in Deutschland nicht den Luxus leisten, daß wir Waren herstellen, die weder das Ausland noch das Inland kauft oder kaufen kann. Kaufkraft und Herstellungskosten müssen in ein zweckmäßiges Verhältnis gebracht werden, sonst geht es immer mehr und mehr bergab. Es bleibt uns eben, so hart es uns auch ankommen mag, beim Rudern nichts anderes übrig, als zu sehen, wie wir die auseinanderklaffenden Gegensätze zwischen Herstellungskosten und der Verbrauchs-

kraft in Übereinstimmung bringen. Nur die Hebung der Kaufkraft oder der Verbrauchskraft führt uns so nach und nach aus der wirtschaftlichen Not unserer Zeit heraus.

Der viel angewandte Begriff: Preisabbau führt irre. Von außen her ist der Wirtschaftsnot nicht beizukommen. Das ist, daß die Herabsetzung der Preise nicht das Uebel an der Wurzel trifft. Nehmen wir einmal an, die Warenbesitzer fangen an, weit unter den Einkaufskosten zu verkaufen. Das könnte vielen Verbrauchern aus großer Not helfen. Viele Kaufleute würden vielleicht einen einmaligen größeren Verlust tragen, wenn sie die Ueberzeugung hätten, später auch wesentlich billiger einkaufen zu können. Hier ist der Sitz des Übels. Das können sie heute unter den hohen Herstellungskosten nicht. Sollen die Waren billiger werden, dann müssen die Herstellungskosten sinken. Also, nicht Preisabbau, sondern Verbilligung der Güterherstellung. Sie wird uns helfen können. Wie aber kann die Güterherstellung verbilligt werden?

Voreilige werden darauf erwidern: durch Herabsetzung des Unternehmergewinnes, des Händlergewinnes, des Arbeitslohnes. Jeder soll mit weniger Lohn und Gewinn zufrieden sein, dann werden die Waren schon billiger werden. Geschähe dies, dann würde einem Teil unseres Volkes für eine gewisse Zeit sehr geholfen werden. Der andere aber würde sehr dabei verlieren. Gewinnen würden zunächst die reinen Verbraucher (Rentner, Beamte, Selbstbesitzer u. dergl. Leute), verlieren würden die Güterhersteller (Unternehmer, Angestellte und Arbeiter der entsprechenden Werte). Das wäre also keine Lösung. Denn die einen gewinnen, was die anderen verlieren. Wenn dies sich auch nicht so buchstäblich vollziehen würde, sicher ist, daß damit nicht viel gebessert wäre. Was dabei herauskäme, wären allenfalls nur Vermögens- und Einkommensverschiebungen. Diese mögen in gewissen Fällen in der Ordnung sein, der Gesamtheit nützen, aber im großen ganzen werden damit weder die Geschäftsforderungen, noch wird die Arbeitslosigkeit damit behoben. Die, die heute gewinnen, würden später durch die allgemein schlechte oder sich verschlechternde Wirtschaftslage doch wieder in Mitleidenschaft gezogen. Jedenfalls, solche künstlichen Hin- und Herschiebungen verbessern unsere Wirtschaftslage nicht; im Gegenteil, dadurch wächst nur die Unsicherheit im Wirtschaftsleben.

Von welcher Seite man auch diese Dinge betrachten mag, man muß immer zum Ursprung des Übels zurückkehren. Die Herstellungskosten sind zu hoch, sie müssen verbilligt werden. Wie schon angedeutet wurde, muß von der Verbrauchskraft oder der Kaufkraft ausgegangen werden. Auf sie muß sich die Güterherstellung und der Handel einstellen. Sie ist im Augenblick gering, sie kann aber durch eine billige Güterherstellung gehoben werden. Noch einmal: nicht durch den sogenannten Preisabbau, sondern durch die Verbesserung der Technik der Arbeitsweisen, durch wirtschaftlichen Einkauf der Stoffe und durch wirtschaftlichere Ausnutzung der Stoffe. Das ist die Heilung der Wirtschaftsschäden, soweit sie unser geplagtes Land selber bewirken kann, von innen heraus. Das nennt man: Das Uebel an der Wurzel bekämpfen. Dies hilft und nicht das Herumdoktern an den äußeren Erscheinungen des Übels. Das Uebel aller Uebel aber: die immer noch bestehende Ernährungsnot muß wirksamer als bisher auszurotten versucht werden, dies geschieht aber auch nicht dadurch, daß man die Preise für die Lebensmittel heruntersetzt, sondern durch das bereits empfohlene Mittel: indem man mehr Getreide, mehr Vieh heranzieht. Es ist da richtiger, Dünger und Futtermittel anstatt Getreide und Fleisch aus dem Ausland einzuführen. Wir müssen die Rohstoffe selber verbearbeiten, also die Arbeit verrichten, die sonst das Ausland leistet, die wir aber selber ausführen könnten. So kommen wir viel billiger weg und so bekommen wir Arbeit ins Land herein, so stärken wir unsere Volkswirtschaft und damit die allgemeine Kaufkraft. Bei dem gesunkenen Geldwert kommt Deutschland viel billiger weg, selbst teure Düngemittel vom Ausland zu beziehen und sie im eigenen Boden auszu-

werten, als das etwa um zehnmal teure Getreide vom Ausland einzuführen.

Kurz zusammengefasst: Der Preisabbau hilft nicht aus der Wirtschaftskrise (weber der Preisabbau der Waren noch der Löhne und Gehälter), sondern die hier geforderte Verbilligung der Güterherstellung. Sie muß mit dem in diesem Aufsatz angebotenen Mittel angestrebt und durchgeführt werden.

Das Existenzminimum im August 1920

Von Dr. A. Puczyński, Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums unterliegen seit einigen Monaten erheblichen Schwankungen. Nachdem sie bis zum Mai andauernd gestiegen waren, sind sie im Juni bedeutend gesunken, im Juli wieder etwas gestiegen und im August wieder etwas gefallen.

Table with 3 columns: Item, Price August 1920, Price August 1913. Items include bread, flour, sugar, etc.

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 102,98 M zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 7,69 M kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 11.900 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Brennstoff und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M, für Heizung 14,90 M, für Beleuchtung 6 M.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzugehen: Mann 30 M, Frau 20 M, Kind 10 M.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Büchereiarbeit, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 1/2 machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den August 1920 in Groß-Berlin:

Summary table showing weekly existence minimum for different household types: Single man, Family with 2 children, Family with 3 children.

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 24 M, für ein kinderloses Ehepaar 35 M, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 50 M.

Vom August 1913 bis zum August 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,80 M auf 143 M, d. h. auf das 8,5fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,35 M auf 212 M, d. h. auf das 9,5fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,85 M auf 303 M, d. h. auf das 10,5fache.

Berufskrankheit der Steinarbeiter

Eine Anfrage im Badischen Landtag

Im Badischen Landtag kam kürzlich eine förmliche Anfrage der Abg. Heurich und Gen., den Gesundheitszustand der Steinarbeiter des Main- und Taubertals betreffend, zur Verhandlung.

Es ist bekannt, daß der Steinarbeiterberuf einer der gesundheitsgefährlichsten ist, und daß die sog. Berufskrankheit der Steinarbeiter nicht nur im Steinbruchgebiet des Main- und Taubertals vorhanden ist, sondern daß diese erschreckende Krankheit im ganzen Steinhauerberufe des deutschen Vaterlandes mehr oder weniger ihr Unwesen treibt.

Die Statistiken der Berufsvereinigungen beweisen das. Die Lebensdauer der Steinbrucharbeiter ist im allgemeinen keine lange. Wenn ich die Arbeiter der chemischen Industrie aussehe, so stehen sie in Baden unter allen anderen Berufskategorien der Arbeiterklasse. Durch unsere förmliche Anfrage wollen wir den Steinbrucharbeitern auch nicht ihre Arbeitsgelegenheit nehmen. Wir wissen recht wohl, daß in jener Gegend für diese Leute in der Gegenwart keine andere Berufsmöglichkeit besteht.

Wir müssen uns fragen, welche Maßnahme ist nun zu treffen, um dieser Berufskrankheit entgegenzutreten, ohne daß damit eine schädigende Wirkung verbunden ist? Vor allen Dingen wäre eines sehr leicht möglich und unbedingt notwendig, nämlich daß eine vernünftige Verrieselung dieser Steinbrüche vorgenommen wird. Bisher - ich habe mir die Brüche angesehen - ist das nicht der Fall. Es ist nicht einmal Wasser Gelegenheit da, um überhaupt den Durst stillen zu können, der in diesen Steinbrüchen durch die gewaltige Staubeentwicklung hervorgerufen wird.

nicht allzu lange - ein bis vier Jahre im Höchstfalle selten darüber hinaus. Ich könnte Ihnen das hier bezeugen; wer Interesse daran hat, kann die Statistiken einsehen, die ich aufgenommen habe. Die Leute sind 3-4 Jahre im Höchstfalle krank, dann ist die Lunge ausgezehrt durch die furchtbare Schärfe des Schwefels. Auch die Steinhauerbrüche, wo die Steine bearbeitet werden, müssen anders eingerichtet werden. Die Brüche sind so niedrig, daß von selbst sich der Staub nicht entfernen kann. Dort müßten große Hallen von mehreren Metern Höhe errichtet werden, mit Ventilation, die den nötigen Winddruck in diese Hallen hineinbringt, damit der Staub sich nicht aufhält, sondern abzieht, was nicht allzu viele Kosten verursachen würde.

Ich möchte also die Regierung dringend bitten, erstens Verrieselungen zu lassen und dafür die nötigen Einrichtungen zu schaffen. Zweitens Wasser zu beschaffen, damit die Leute sich Tee und sonstige Getränke zubereiten können, die sie ab und zu einnehmen, um den Staub abspülen zu können. Drittens durch Preisausschreibungen Staubsauger modernster Art zu beschaffen, die die Leute bei der Staubeentwicklung auch anlegen können. Es sind Tage vorhanden, wo die Staubeentwicklung nicht so schlimm ist; aber meistens bei einer gebührenden Temperatur ist es nicht möglich, daß der schwere Staub, der mit Schwefel gemischt ist, sich in die Höhe erhebt, sondern er bleibt in Manneshöhe liegen. Er kann nur beseitigt werden durch Ventilation und Verrieselung und kann weiter eingeschränkt werden, indem man die Steinhauerhöfen höher macht, damit der Staub die Möglichkeit hat, sich nach oben zu entfernen.

Weiter möchte man sich sagen, wenn diese Krankheit weiter um sich greift, dann müßte in Zukunft die Regierung ernsthaft in Erwägung ziehen, ob nicht eine andere Berufsart für die dortigen Arbeiter geschaffen werden könnte. Meinem Dafürhalten nach sollten diese Steinbrüche stillgelegt werden, wenn sie eine solche Verwüstung an Menschenleben herbeiführen. Momentan möchte ich dem aber nicht das Wort reden, aber im Zukunft muß die Regierung daran denken, neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen - Wasserkraft ist vorhanden, und es könnte leicht eine Industrie geschaffen werden, die Ersatz für die zerstörende und tödliche Arbeit in den Steinbrüchen bietet. Ich meine, es ist der Mühe wert, daß die Regierung hier Erhebungen anstellt, und sich die Sache angelegen sein läßt. Es kommen Menschenleben in Betracht, und wenn man die Hunderte von Kindern der vier Ortsgemeinden hinzuzieht, die verlos sind, ist die Frage so wichtig, daß ernsthafteste Erwägungen der Regierung nötig sind.

Bei der Beantwortung der Anfrage mußte der Regierungsvertreter Dr. Fuchs die traurigen Gesundheitsverhältnisse der Steinarbeiter voll zugeben, er meinte aber, daß nach den angestellten amtlichen Erhebungen seit 1917 ein Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit unter den Steinarbeitern festzustellen sei. Coll. Heurich erwiderte hierauf, daß anscheinend in den amtlichen Zahlen die durch Lungentzündung hervorgerufenen Sterbefälle nicht berücksichtigt seien. Aber die Lungentzündung sei für die Steinarbeiter eine galoppierende Schwindlust, die auch von den Ärzten meist als Berufskrankheit gewertet würde. Der Regierungsvertreter verwies weiter auf die Verordnung vom Jahre 1909, die mit Strenge durchgeführt werden solle. Die Wasserbeschaffung biete gewisse Schwierigkeiten, aber es solle getan werden, was möglich ist. Die Frage der Staubaussaugung begneue vor allen finanziellen Schwierigkeiten. Die Regierung wolle mit den Gewerbeaufsichtsbeamten im Benehmen mit den Bezirksärzten und Berufsvereinigungen eingehend prüfen, was geschehen ist und noch geschehen kann, um dieser gefährlichen Krankheit der Tuberkulose entgegenzutreten. Weiter wolle die Regierung bei der Reichsregierung beantragen, daß sie die Verordnung vom Jahre 1909 auch auf die Muscheltalbetriebe ausdehnt.

Außerdem aber wolle sie, wie es in letzter Zeit schon geschehen sei, alle jene Bestrebungen fördern, die darauf hinausgehen, den Steinarbeitern mehr landwirtschaftliches Gelände zuzuwenden, damit sie die Möglichkeit haben, auch durch die Landwirtschaft einen Teil ihres Brotes zu verdienen, damit sie nicht jahraus, jahrein in dem gefährlichen Berufe tätig sein müssen. Die Erfahrung habe gelehrt, daß eine solche öftere und größere Unterbrechung in dem gefährlichen Berufe am aller sichersten bewirkt, daß sie von dieser gefährlichen Krankheit der Tuberkulose verschont bleiben. Die Regierung hoffe, daß die Verabschiedung des Ausführungsgesetzes zum Reichsstaubgesetz sie in die Lage versetzt, in größerem Umfang wie bisher den Steinarbeitern Land zuzuteilen.

Im Schlußwort gab der Kollege Heurich der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung nun auch die Tat folgen läßt und nicht nur eine papierne Verordnung.

Allgemeines

Sozialdemokratische Erkenntnisse über Sozialisierungsproblem. In der sozialdemokratischen Zeitschrift 'Volkswacht' (Nr. 151) schreibt ein Genossenschaftler E. Herzog zum Sozialisierungsproblem u. a.: Will man ehrlich sein, so muß man zugeben, daß auch in den sozialistisch denkenden Bevölkerungsschichten große Unklarheit darüber besteht, auf welchem Wege die Sozialisierung des Wirtschaftslebens erreicht werden kann. So gibt es beispielsweise Sozialisten, die unter Sozialisierung einfach eine Uebernahme aller wirtschaftlichen Funktionen durch den Staat verstehen. Eine sofortige Verstaatlichung der, die man zu sagen mag, zum Sozialisieren reifen Produktionsbetriebe und ihre Fortführung unter Aufsicht der Regierung für möglich. Andere wiederum glauben, daß den Ge-

meinen die Hauptaufgabe bei der Bergesellschaftung des Wirtschaftslebens zugewiesen werden müsse. Verschiedentlich wird sogar die Auffassung vertreten, daß die Trümmer der völlig zusammengebrochenen Zwangswirtschaft in der Richtung der sozialistischen Gemeinwirtschaft umgebaut werden können. Es ist gut, daß die wirtschaftlichen Tatsachen eine sehr deutliche Sprache reden, und wer sich bemüht, diese Sprache zu verstehen, wird zu der Einsicht kommen müssen, daß auf diesen verschiedenen Wegen zwar die völlige wirtschaftliche Verelendung unseres Volkes, nicht aber der wirtschaftliche Sozialismus erreicht werden kann."

Mit der Auffassung unserer Bewegung deckt es sich vollkommen, wenn Herzog meint, nicht durch die Staatsgewalt können wir zur Sozialisierung, sondern durch die Erziehung des Volkes zum Gemeinschaftsgeist. Wie sehr dieser Gemeinschaftsgeist in unserem Volke noch fehle, beweise das Bestehen der Zwangswirtschaft in und nach der Kriegszeit.

„Es ist doch so, daß selbst in der Zeit der größten Not die meisten Volksgenossen nur an ihr eignes Wohl gedacht haben. Mit Widerwillen wurden die kriegswirtschaftlichen Gesetze und Verordnungen entgegengenommen. Wo man sich ihren Verpflichtungen entziehen und den eigenen Vorteil wahrnehmen konnte, geschah es. Alle moralische Entlastung hierüber ist zwecklos. Die rückwärtslose Wahrnehmung des eignen Vorteils entspringt dem Wesen des Kapitalismus. Gemeinshaftsgelübte und Solidarismus dem Volke durch Erziehung beizubringen, hat der kapitalistische Staat bisher nicht für notwendig gehalten. Die Entwicklung zum wirtschaftlichen Sozialismus hat deshalb zur Voraussetzung, daß die Massen gleichzeitig mit sozialistischem Geiste erfüllt werden. Die Durchführung des wirtschaftlichen Sozialismus ist eben zum Teil als eine Erziehungsfrage anzusehen.“

Den „immer wieder ertöndenden Ruf nach sofortiger Sozialisierung“ bezeichnet Herzog als „einen Ausfluß unblühlichen Glaubens an die Allmacht der Staatsgewalt“. „Im großen und ganzen“, sagt er, „sind es allerdinge unauferlegte und in wirtschaftlichen Dingen unerfahrene Leute, die da meinen, daß die Staatsgewalt eine sofortige Sozialisierung durchzuführen und alles wirtschaftliche Elend mit einem Schlage beseitigen könne.“ Allerdings: Aber wer trägt die Schuld an dieser unserer Welt? So verhängnisvoll gewordenen Unwissenheit und Unerschaffenheit? Doch in erster Linie die Sozialdemokratie, weil sie es unterlassen hat, ihre Anhänger rechtzeitig über die Schwierigkeiten und vor allem über das Zeitmaß der Sozialisierung aufzuklären. Ihre ganze wirtschaftliche Aufklärungsarbeit in den vergangenen Jahrzehnten mußte notwendigerweise unsere Wirtschaft in einem Zerbröckeln erscheinen lassen, kein Wunder, daß die so Bearbeiteten heute die Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und den Mittel für das wirtschaftlich Mögliche vielfach in so erschreckendem Maße vermischen lassen.

Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Bau- und Siedlungsvereinigungen. Wiederholt sind in letzter Zeit Anträge von Bau- und Siedlungsvereinigungen auf formelle Anerkennung der Gemeinnützigkeit gestellt worden. Wie der Minister für Volkswohlfahrt in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten mitteilt, muß von einer Erläuterung der Gemeinnützigkeit etwa in dem Sinne, daß dadurch alle Vorteile und Vergünstigungen, die für gemeinnützige Vereinigungen vorgesehen sind, ohne weitere Nachprüfung für alle künftigen Fälle zugestanden sein sollen, grundsätzlich abgesehen werden. Ob ein Siedlungsunternehmen als gemeinnützig anzusehen ist, und es als solches Vergünstigungen erhalten kann, muß der Prüfung von Fall zu Fall vorbehalten bleiben. Zuständig hierfür sind die Stellen, die über die Gewährung der Vergünstigung im einzelnen Falle zu befinden haben. Für die zu stellenden Anträge bleiben die bestehenden Gesetze und Ausführungsbestimmungen maßgebend.

Eine zeitgemäße Mahnung an die Landwirte. Belegentlich einer Tagung des Landwirtschaftlichen Vereins in Schwannenberg bei Grefelen richtete der Vorsitzende dieses Vereins, Herr Gutsbeitzer Küsters, an die Landwirte folgende beherzigenswerte Worte:

„Legen wir die Hand aufs Herz und bekennen es offen, daß sich auch in unserem Berufsstande der Eigennutz und die verdamnte Habgier in erschreckender Weise ausgebreitet haben. Auf dem Lande ist man sich der Ernterückung, welche sich der weitesten Verbraucherkreise nähert, nicht bewußt. Es ist gegeben, daß das zulässige Maß aus Unkenntnis der ländlichen Verhältnisse hier bei manchem überschritten wird; aber andererseits muß auch wiederholt werden: die Landwirtschaft hat in den Jahren der Not und Entbehrung den eigentlichen Hunger nicht kennen gelernt; welche Beruhigung liegt in dem Bewußtsein, daß die Kartoffeln in ausreichender Menge im Keller, daß das Brot als Fruchtform auf dem Vorratsboden liegt. Kein Kind, kein Kranke leidet vergeblich nach einem Trunk frischer Milch. Die Landwirtschaft kann die Gefühle nicht kennen, welche den Hausvater, die Hausmutter beschleichen, wenn sie nicht sicher sind, ob die Karte, die ihnen ein Anrecht auf Versorgung gibt, diese Versorgung auch bringt. Deshalb richte ich die Mahnung und die Bitte an Sie: Werden Sie sich des Reichtums, den Sie in der gesicherten Lebensmittelversorgung besitzen, mit Dankbarkeit bewußt und versuchen Sie, den Gefühlen und Anschauungen der Bevölkerungskreise, die durch die tägliche Sorge um den Lebensunterhalt zermüht werden, Verständnis entgegen zu bringen. Werden wir uns der Pflichten des Christen, die wir sein wollen, wieder mehr bewußt, und machen wir uns wieder frei von den Fesseln, in die Geiz und Geldgier uns gefügt haben. Sondern wo muß der Anfang gemacht werden. Gehen Sie voran! Wenn die Landwirtschaft mit Recht beansprucht, daß auf ihr die Grundlagen des Vaterlandes beruhen, so ist die Gelegenheit gegeben, zu zeigen, daß sie sich

Am 25. Septbr. ist der neunundbreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

der Tragweite dieses Wortes bewußt ist. Ich richte auch an Sie die Bitte, nicht auf rechnerisch begründeten Forderungen bestehen zu wollen. In einer solchen Stellungnahme würde ein versöhnendes Moment von weitgehender Bedeutung liegen. Möchte sich die Landwirtschaft des Preises damit den Ruhm erwerben, die Wohlfahrt ihrer Mitmenschen über das Eigeninteresse setzen zu können, selbst wenn diese Stellungnahme mit einem Opfer verbunden sein sollte, und möchte sie in dieser Stellungnahme die Einigkeit finden, die sie leider bis heute zu ihrem eigenen Schaden nicht hat finden können.“

Unsere wirtschaftliche und politische Gesundung kann mächtig gefördert werden, wenn unsere Landwirte allgemein zwei Dinge beherzigen wollten: 1. der von allen Seiten ersehnte Lohnabbau ist nur möglich nach vorherigem Preisabbau, insbesondere für Lebensmittel; 2. die viel beklagte Radikalisierung der Arbeiterschaft verschwindet zum guten Teil von selbst, sobald wir die Menschen in den Städten wieder satt machen können, und zwar zu erschwinglichen Preisen. Diese beiden Gesichtspunkte sollten die Landwirte und namentlich ihre Führer nie aus dem Auge verlieren.

Ein Beirat für das Heimstättenwesen. Der Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften für das Heimstättenwesen, dem auch die christlichen Gewerkschaften angehören, hat bereits einen wesentlichen Erfolg zu verzeichnen. Er hat erreicht, daß die Nationalversammlung bei der Beratung des Heimstättengesetzes fast einstimmig eine Entschließung annahm, in der sie die Reichsregierung um folgendes ersucht:

1. zunächst bald einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Boden speculation und zur sozialen Ausgestaltung des Enteignungsrechts, insbesondere auch in der Richtung vorzulegen, daß die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsheimstätten durch Beschaffung billigen Bodens erleichtert wird;
2. zunächst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Zuständigkeiten des Reichs hinsichtlich der Gesetzgebung auf den Gebieten des Siedlungs- und Wohnungswezens erweitert;
3. zur zusammenfassenden Behandlung der Wohnungs-, Siedlungs- und Heimstättenfragen die bestehende Zentralkommission (Dezernat, Unterstaatssekretär) auszubauen mit dem Ziel der baldigen Fortbildung zu einem Reichsheimstättenamt;
4. im Siedlungs- und Heimstättenwesen sowie bei der Wohnungsbeschaffung das Interesse der aus ihrer Heimat vertriebenen Elsaß-Lothringer, Ostpreuler, Deutschen und anderer Vertriebenen durch Einwirkung auf die Landesregierungen und die Gemeinden nachdrücklich wahrzunehmen.

Nun hat, wie die „Soziale Praxis“ mitteilt, das Reichsarbeitsministerium in Ausführung dieser Entschließung einen künftigen Beirat für das Heimstättenwesen berufen, aus dessen Reihen Dr. A. Damaschke, der populäre Führer der Bodenreformbewegung, ernannt worden ist. Dieser Beirat setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der am Aktionsausschuß beteiligten Gewerkschaften neben einer Reihe von Persönlichkeiten, die auf dem Gebiete der Siedlung und des Heimstättenwesens praktische Erfahrungen zu verzeichnen haben.

Verdoppelung der Darlehensbeträge für Wohnungsbauten. Durch Beschluß des Reichsrats vom 19. August 1920 sind die Reichsratsbestimmungen vom 10. Januar 1920 betr. die Gewährung von Darlehen zur Errichtung neuer Wohnungen dahin abgeändert worden, daß die Einheitsätze für diese Darlehen in Ausnahmefällen bis auf das Doppelte erhöht werden können. Eine Erhöhung der gesamten für Darlehenszwecke zur Verfügung stehenden Summe ist jedoch mit diesem Beschluß nicht ausgesprochen worden. Wenn daher von den Bauherren die Erwartung gehegt wird, daß ihnen nunmehr verdoppelte Darlehensbeträge für ihre Bauvorhaben zufließen werden, so ist diese Annahme irrig. Für Preußen hat die Erhöhung der Einheitsätze überhaupt keine unmittelbare Bedeutung, da die vom Reich für Darlehenszwecke zur Verfügung gestellten Mittel bereits verausgabt sind und eine Erhöhung der durch Beihilfebescheide zugesicherten Reichsdarlehen bis auf das Doppelte wegen Erschöpfung des Fonds im Einzelfalle nicht mehr möglich ist. Allerdings wird durch den Reichsratsbeschluß auch in Preußen die Einschränkung eines Bauvorhabens, für das ein Reichsdarlehen bewilligt ist, auf eine geringere Zahl von Wohnungen unter Beibehaltung des ursprünglichen Darlehensbetrages erleichtert.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Südbayern

Durch nachträgliche Vereinbarung sind das Inn- und Alzgebiet und die Lecharbeiten in die Gruppe C mit einem Feuerungszuschlag von 25 Pf. eingereiht worden.

Bezirk Bochum

Am 22. August 1920 tagte in Bochum die Bezirkskonferenz. Anwesend waren 85 Delegierte. Die Konferenz wurde vom Bezirksleiter, Kollegen Koch, eröffnet. Als Gast war der Stadtrat der Stadt Bochum, Kollege Gentrich, erschienen. Die Einleitung übernahm der Kollege Reije-Bochum. Er hieß alle herzlich willkommen und begrüßte besonders den Kollegen Wiebeberg sowie die Vertreter der Presse. Sodann eröffnete der Bezirksleiter den Bericht über die Einnahmen des Bezirkes im letzten Jahre, über Tarifverhandlungen, geschlichtete Streiks und Mitgliederentwicklung. Die Mitgliederentwicklung wurde allgemein als zufriedenstellend bezeichnet. Die Mitglieder-

zahl hat die Höhe von 14000 erreicht. In der Diskussion wurde sehr scharf gegen diejenige Stellung genommen, die es noch nicht für gegeben halten, die pflichtgemäßen Beiträge zu zahlen. Die Konferenz sprach die Erwartung aus, daß die Verwaltungsstellen-Delegierten unter allen Umständen für die statistischen Beitragsleistungen Sorge tragen. Nach sehr lebhafter Aussprache wurde die Gründung einer Bezirksklasse beschlossen. Die einzelnen Verwaltungsstellen müssen von jeder Volkmarke 60 Pf. an die Bezirksklasse abführen. Sobann nahm Kollege Wiebeberg das Wort. Er wies ganz besonders die falschen Gerüchte im Unternehmerlager zurück, daß die Löhne der Bauarbeiter das Bauen so sehr verteuerten, daß es infolge dessen nicht mehr möglich sei, zu bauen usw. Nicht die Löhne der Bauarbeiter, sondern das Schieber- und Wucherertum auf dem Baumarkte sei die wahre Ursache an der verteuerten Bauweise. (Wir erinnern nur an die Statistik Dr. Kuczynskis.) In weiten Kreisen der Arbeitgeber redet man von einer Verlängerung der Arbeitszeit, ja, man versucht, den einzelnen Bauarbeiter zu längerer Arbeitszeit zu bewegen. Wir christlichen Bauarbeiter lehnen eine längere Arbeitszeit wie acht Stunden ganz entschieden ab. Die Bauarbeiter hatten vielfach schon vor dem Kriege eine kürzere Arbeitszeit wie andere Berufe. Wir Bauarbeiter hätten auch ohne Krieg, ohne sonstige Gewaltakte, ohne Verfügungen usw. eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege gegenseitiger Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhalten. Der Bauarbeiter muß acht Stunden in ungestörter ununterbrochener Betätigung arbeiten, daher ist im Baugewerbe eine längere Arbeitszeit undiskutabel. Die Vorstandswahl ergab, daß aus jeder Verwaltungsstelle ein Kollege gewählt wurde. Aus diesen Gewählten bildet sich ein Ausschuss, um die notwendigen Geschäfte zu erledigen. Redner wies besonders darauf hin, mehr wie bisher für die Erstarlung unseres Verbandes Sorge zu tragen. Kollege Reije dankte noch allen Kollegen für ihr treues Ausharren und schloß dann die Sitzung.

Schadenersatzpflicht bei Terrorismus

In Rempten (Magda) wurde der Maurer K. von seinen sozialdemokratischen Mitarbeitern aus der Arbeit gedrängt, angeblich wegen Leistung von Überstunden, in Wirklichkeit, weil er als einziger christlich organisierter den Führern der „Freiheit“ ein Dorn im Auge war. Der Arbeitgeber scherte dem Kollegen bei einer Aussprache die Möglichkeit zu, ungehindert arbeiten zu können, brachte aber als es notwendig war, den nötigen Mut hierzu nicht auf. Das Gewerbegericht verurteilte den Arbeitgeber zur Zahlung von zwei Tagen Lohnausfall an den Kollegen. Aus der längeren Begründung ist folgendes wichtig:

„Kläger und Beklagter waren sich dabei einig, daß das Arbeitsverhältnis zwischen ihnen fortbestehen solle; der Kläger war willig und gefonnen, die Arbeit beim Beklagten fortzusetzen. Er war aber infolge des terroristischen widerrechtlichen Vorgehens des Betriebsrates des Betriebes des Beklagten zur Leistung seiner Dienste außerstande, d. h. es konnte ihm angesichts der bereits an ihm verübten Gewalttaten und der gegen ihn ausgesprochenen Drohungen für den Fall seines Wiederkommens zur Arbeitsstätte nicht zugemutet werden, daß er sich in offenkundige Gefahr für seine Person begeben. Es war damit dem Kläger unmöglich gemacht, sein Angebot auf Dienstleistung in die Tat umzusetzen. Dieser Umstand fällt aber nicht ihm, sondern dem Beklagten zur Last, der nach der herrschenden Meinung dafür Sorge zu tragen hat, daß bei ihm beschäftigte Kläger seine angebotene, von ihm auch geforderte Dienstleistung auch bewirken könne. Kann der Kläger das infolge der im Betriebe des Beklagten herrschenden Zustände nicht, so hat der Beklagte dafür zu sorgen, daß der für den Kläger hinderliche Zustand beseitigt wird. Gelingt ihm das nicht, wenn auch ohne Verschulden, so gerät er in Annahmeverzug.“

Der Beklagte war also im vorliegenden Falle zu verurteilen, dem Kläger den geforderten Lohn für zwei verlorenen Arbeitstage zu bezahlen, da der Kläger glaubhaft geltend gemacht hat, daß er in dieser Zeit einen anderen Verdienst nicht finden konnte. Es steht dem Beklagten natürlich frei, sich im Wege der Zivildrechtsklage an den eigentlichen Schuldigen, den beiden Betriebsräten, die durch ihr gänzlich geschwundenes Vorgehen den Kläger genötigt haben, der Arbeit fernzubleiben, schadlos zu halten.“

In Passau wurde ein Kollege unseres Verbandes von den beiden sozialdemokratischen Betriebsräten an der Arbeit gehindert, weil er nicht Mitglied ihres Verbandes war. Der Schlichtungsausschuß entschied: Dem Terrorisierten ist für die Zeit seiner Arbeitslosigkeit volle Verdienentzählung durch den Betriebsrat und die hinter ihm stehende Arbeiterschaft zu gewähren.

Die Funktion des Lang als Betriebsrat wird, weil er Ausländer ist, aufgehoben.

Für die Durchführung der beiden Beschlüsse wird die bauausführende Firma Kant haftar gemacht.

In der Begründung heißt es: „Die Gehässigkeit, mit welcher sich schlecht aufgeklärte, besonders radikale und fanatische Gewerkschaftsmitglieder innerhalb mancher Betriebe gegenüberstellen, ist eine der traurigsten Erscheinungen unserer Zeit. Es dürfte aber kaum einen Betrieb geben, in welchem die Bekämpfung einer Organisation (hier der christlichen) durch eine andere (hier die freie) so zum Terror ausgeartet ist, wie im Baubetrieb der Firma Gebr. Kant beim Kraftwerk Dals der Mag. Die Verhandlung hat ergeben, daß es dort einfach unmöglich ist, daß sich ein Arbeiter halten kann, der nicht sozialdemokratisch organisiert ist. Er muß sich entweder unorganisieren lassen oder er kann dort überhaupt nicht arbeiten, da sich die übrigen 188 Arbeiter weigern, mit ihm zusammen zu arbeiten und er jeden Tag Gefahr läuft, verprügelt zu werden. Diesem anarchischen Zustande schaut die Betriebsleitung ruhig zu, ohne eine Hand zu rühren, und der sogenannte Betriebsrat erklärt, daß es über seine Kraft gehe, gegen den Strom zu schwimmen.“

Er schwimmt also Heber mit dem Strom und macht den Terror kräftig mit. Dabei ist das Betriebsratsmitglied lang gar nicht Reichsangehöriger, sondern Oesterreicher, hat also nach § 20 des Betriebsratsgesetzes überhaupt nichts zu suchen im Betriebsrat. Die Betriebsleitung aber ist haßbar für solche Übertretungen des Betriebsratsgesetzes und der Wahlordnung. Da der Maurer St. unter diesen geschilberten, allen Gesetzen höherrangenden Umständen nicht weiter arbeiten konnte und zur Abschaffung derselben Betriebsrat und Betriebsleitung verpflichtet sind, war zu entscheiden wie geschah.

Beide Urteile geben einen Einblick in die bedauerlichen Zustände geistiger Verrohung, wie sie in Bayern und anderwärts heute sich breit machen. Sie zeigen aber auch den Weg, wie radikalen Elementen und waschlappigen Betriebsleitungen auf dem Weg über den Gelbentel Verunft beigebracht werden kann. Zu wünschen wäre nur, daß durch bessere Einsicht der Volkswirtschaftler solche, das Gesamtansehen des Arbeiterstandes schädigende Urteile nicht zu erfolgen brauchen. Das liegt an den Herren selbst und der Erziehung durch ihre Führer.

Das Armenrecht im Zivilprozeß

Ueber die Ausstellung der zur Erlangung des Armenrechts im Zivilprozeß erforderlichen Zeugnisse durch die Vermögensverwalter hat der preussische Minister für Volkswirtschaft neuerdings einen bemerkenswerten Erlaß herausgegeben. Vor Bewilligung des Armenrechts durch das Gericht hat bekanntlich die obrigkeitliche Behörde ein Vermögenzeugnis auszustellen, das nach erschöpfender Aufklärung Angaben über die gesamten Einkommens-, Vermögens- und Lebensverhältnisse der Armenpartei enthalten soll. Es ist gleichwohl vorgekommen, daß mit dem Vermögenzeugnis versehenen Personen den Prozeß auf eigene Kosten unter Annahme eines Anwalts geführt haben, wenn ihnen wegen der Ausschließlichkeit ihrer Sache das Armenrecht verweigert worden war. Daraus folgt, daß die obrigkeitliche Behörde mitunter bei der Ausstellung des Zeugnisses nicht mit der erforderlichen Vorsicht verfahren ist. Nun haben allerdings die Gerichte die in dem Vermögenzeugnis niedergelegte Auffassung der obrigkeitlichen Behörde nicht für schlechthin maßgebend zu erachten, sondern in richtiger Auslegung des § 114 der Zivilprozeßordnung die Bedürftigkeit des Antragstellers selbständig zu prüfen und gegebenenfalls weitere Ermittlungen anzustellen; eventuell haben sie auch zu prüfen, ob und bis zu welcher Höhe der Armenpartei etwa die teilweise Tragung der Prozeßkosten zugemutet werden kann. Um ihnen nun diese Prüfung zu ermöglichen und zu erleichtern, sollen die obrigkeitlichen Behörden vor Ausstellung des Zeugnisses, wenn sie über den Wert des Streitgegenstandes bei Werten bis einschließlich 1200 M pflegt der Armenpartei nur ausnahmsweise ein Rechtsanwalt beigeordnet zu werden — und über die Gebühren der höheren Instanzen erhebliche Zweifel haben, von deren Bewilligung die Verwaltungsbehörde die Erstellung des Vermögenzeugnisses abhängig machen muß, über die Höhe der Gebühren von der Gerichtsschreiber eines Amts- oder Landgerichts eine Auskunft einholen und diese ihrer Entscheidung zugrunde legen. Der Justizminister hat im Anschluß daran bestimmt, daß derartige Anfragen von dem Gerichtsschreiber des befragten Gerichts sachgemäß zu beantworten sind; soweit erforderlich, hat der Gerichtsschreiber zu diesem Zwecke die Ansicht des Richters über den Wert des Streitgegenstandes einzuholen. Es steht zu hoffen, daß auf diesem Wege die Gewährung des Armenrechts auf das durch die Bedürftigkeit der Parteien wirklich gebotene Maß zurückgeführt wird, womit einer häufig begründeten Klage des durch das Armenrecht mitunter schwer belasteten Anwaltsstandes abgeholfen würde.

Verbandsnachrichten

Eingen. In unserer letzten Mitgliederversammlung erstattete der Vorsitzende zunächst Bericht über die Entwicklung der Verwaltungsstelle in diesem Jahre. Die Mitgliederzahl betrug im Januar d. J. 62, am Schlusse des 1. Vierteljahres 67, am Schlusse des 2. Vierteljahres 72 und am 4. September 121 Mitglieder. Somit hat sich die Mitgliederzahl im Laufe der ersten 8 Monate dieses Jahres fast verdoppelt. Dieses Resultat wurde von den Mitgliedern mit großer Befriedigung aufgenommen. Neugewandelt wurden die Ortsgruppen Ebergen und Lesche, welche auch zu der heutigen Versammlung Delegierte entsandt hatten. Der Geist, welcher in der Verwaltungsstelle herrscht, ist ein guter. Der rasche Anstieg der Mitgliederzahl stellt an den Vorstand sowie an die einzelnen Vertrauensleute neue große Anforderungen. Damit das Erzeugnis nicht wieder verloren geht, sondern immer mehr ausgebaut wird, wurde beschlossen, den Vertrauensmännerapparat zeitgemäß auszubauen und auch fernerhin regelmäßig Verwaltungsstellenkonferenzen abzuhalten. Allgemein gellend wurde über die hohen Preise, die besonders von den hiesigen Landwirten für Kartoffeln, Milch und sonstige landwirtschaftliche Produkte gefordert werden. Preise, welche weit über die Preise in den Nachbarorten hinausgehen. Es wurde beschlossen, unsere Arbeitsgemeinschaft mit uns bei den landwirtschaftlichen Organisationen harnach hinzuwenden, daß aus der Kauf der notwendigen Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen ermöglicht wird. Gelänge dieses nicht, so seien wir gezwungen, von dem laut § 5 Abs. 4 des Tarifvertrages auszuführenden Recht Gebrauch zu machen und neue Lohnverhandlungen zu verlangen. Einleitend hat man der Ansicht: „Keine Lohnverhandlungen, sondern Abbau der Lebensmittelpreise.“ Mit einem Appell an die Mitglieder, im Interesse unserer Verwaltungsstelle sowie der gesamten Bauarbeiterklasse so weiter zu arbeiten wie bisher, damit es in diesem Jahr gelänge, die Mitgliederzahl nicht nur zu verdoppeln, sondern zu verdreifachen, wurde die Versammlung geschlossen.

Bücherchau

Literatur-Anzeiger des Christlichen Gewerkschafts-Verlages

Röln, Denloerwall 9

Sozialismus, Bolschewismus u. Kommunismus

19. **Wegweiser**, Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus von Max Adler, 248 Seiten, Preis 10,50 M., 3. Auflage. (J. S. W. Dieck, Stuttgart.)
20. **Marginalische Probleme**, Beiträge zur Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung und Dialektik von Max Adler, 4. Auflage, 316 Seiten, Preis 10,50 M. (J. S. W. Dieck, Stuttgart.) Der Marxismus ist nach Adlers „Studien“ die notwendige Konsequenz der Gedanken und des Wirkens der Vorbedenker und Vorkämpfer der menschlichen Entwicklung. In den „Marginalischen Problemen“ zeigt sich, daß Adler die materialistische Geschichtsauffassung in ihren Beziehungen zur Ethik anders beurteilt wie sonstige Sozialisten, die ebenso wie Adler der marxistischen Ideenwelt huldigen. Es ist müßig, darüber zu streiten, wer Recht hat, in einer Zeit, wo die Unvermeidlichkeit des Bankrotts des Marxismus offensichtlich ist.
21. **Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie**, von Eduard Bernstein, neue verbesserte und ergänzte Ausgabe, 276 S., Preis 10,50 M. (J. S. W. Dieck, Stuttgart.) Der Verfall des Marxismus, die Bestrebungen innerhalb der Sozialdemokratie nach Umgestaltung des Parteiprogramms, machen Bernsteins Schriften wieder aktuell. Die erste Auflage des Buches erregte 1899 nicht geringes Aufsehen. In der neuen Auflage bekräftigt Bernstein seine Auffassung.
22. **Der Zukunftsstaat**, Produktion und Konsum im Sozialstaat von Prof. Dr. Karl Ballou (Atlantida) 3. neu bearbeitete Auflage, 284 Seiten, Preis 12 M. (J. S. W. Dieck, Stuttgart.) Man kann im Zweifel darüber sein, ob es Utopisterei oder ernste Wissenschaftlichkeit ist, mit der Ballou aufwartet. Für die Möglichkeit der Schaffung des „Schlaraffenlandes“ dienen die Zahlen der modernen Wirtschaft. Im Ballouschen Zukunftsstaat gehört der Achtstundentag der Geschichte an. Eine 5-jährige Arbeitsleistung der jungen Deutschen bis etwa zum 23. Lebensjahre genügt, um das ganze deutsche Volk ausreichend mit allem zu versorgen. Das Buch muß jeder lesen, der Verständnis für den Eifer gewinnen will, mit dem die unentwegten Bolschewisten ihre Meinung verfechten.
23. **Kann der Sozialismus uns retten?** von Dr. Max Lohm, 28 Seiten, Preis 1 M. (Kulturliga Berlin.) Die im Verlage der Kulturliga G. m. b. H. erscheinenden hier angezeigten Schriften haben durchweg Rechtssozialisten zu Verfasser. Vertiefung des neuen Staatsgedankens gegen die Linksrabakalen, wobei die Vermittlung positiven Wissens als wichtiges Hilfsmittel anerkannt wird und Vertiefung eines Sozialismus, der mit dem Marxismus nicht mehr allzu nahe Verwandtschaft hat, ist der Zweck der meisten Schriften. Aus allen spricht deutsche Gesinnung. Siehe auch Nr. 29, 36-40, 41, 45, 46.
24. **Wirtschafts-Sozialismus**, von Friedrich R. Mind, mit zwei Plänen, 22 Seiten, Preis 1,80 M. (Mätebund Berlin.) Siehe Nr. 25, 26-28.

Betriebsrätefragen

25. **Wirtschaftliches Kampfbuch für Betriebsräte**, herausgegeben von der Mätengenossenschaft für wirtschaftlichen Aufbau, 373 Seiten, Preis 21 M. (Mätebund Berlin.) Die Mätengenossenschaft für wirtschaftlichen Wiederaufbau ist ein linkssozialistisches Unternehmen. Ihr Standpunkt ist: alle wirtschaftliche und vorerst auch alle politische Macht, soll bei den Arbeiterräten liegen. Das Buch gewährt einen Einblick in die Gedankenwelt dieser Linksrabakalen und zeigt uns die Wege, die sie zur Erreichung ihres Zieles zu gehen beabsichtigen.
26. **Die Organisation des modernen Fabrikbetriebes**, von Richard Lehning, 66 Seiten, Preis 6 M. (Mätebund Berlin.)
27. **Das Betriebsrätegesetz**, Text und Kommentar erläutert von Erich Sambale, 96 Seiten, Preis 9 M. (Mätebund Berlin.)
28. **Wie lesen Arbeiter und Angestellte eine Bilanz?** von Dr. Alfons Goldschmidt, 52 Seiten, Preis 5 M. (Mätebund Berlin.) Nr. 26-28 Auszüge aus dem wirtschaftlichen Kampfbuch für Betriebsräte.
29. **Gewerkschaften, Rätesystem und Demokratie**, von Karl Erdmann sen., 18 Seiten, Preis 1,90 M. (Kulturliga Berlin.) Siehe Nr. 23.
30. **Kommentar zum Betriebsrätegesetz**, von Dr. Georg Platon, Gerichtsassessor im Reichsarbeitsministerium, 50.-70. Laufend, vollständig umgearbeitete und verbesserte Auflage, broschürt 9 M., gebunden 11 M. (Vorwärts Berlin.) Unter den Kommentaren zum Betriebsrätegesetz ist der von Platon einer der beachtlichsten. Das Verfasser und Verlag sozialdemokratisch sind, dürfte bekannt sein.
31. **Berordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten**, vom 23. Dezember 1918 nebst Bestimmungen verwandten Inhalts und Ausführungsbestimmungen, sowie einem Verzeichnis der Schlichtungsausschüsse und allgemein verbindlichen Tarifverträge, erläutert von J. Giesberts und Dr. F. Epler, 5. ergänzte Auflage, 256 Seiten, Preis 8 M. (Bahlen, Berlin.) Trotz des Ausscheidens der Bestimmungen über Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse (infolge Inkrafttretens des Betriebsrätegesetzes) behält die Schrift ihren Wert.

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachungen

Einladung

Gemäß den Bestimmungen des Statuts des Gesamtverbandes beruft der unterzeichnete Ausschuß den 10. Kongress der Christl. Gewerkschaften Deutschlands für die Zeit vom 21. bis 24. November 1920 in Essen ein. Tagungslokal: Städtischer Saalbau. Tagesordnung

1. Eröffnung des Kongresses.
2. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.
3. Christliche Arbeiterkraft und deutsches Volk.
4. Die deutsche Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart.
5. Der Gemeinschaftsgebante in Staat und Wirtschaft.
6. Das Arbeitsverhältnis nach dem neuen Recht.
7. Die Bewertung der Handarbeit und die gewerkschaftliche Wohnpolitik.
8. Die Heranbildung des Nachwuchses in Betrieb und Gewerkschaften.
9. Christentum und Sozialismus.
10. Wahl des Ausschusses des Gesamtverbandes und Erledigung von Anträgen.

Zur Besichtigung des Kongresses durch Delegierte werden alle dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Verbände aufgefordert. Die Zahl der Delegierten richtet sich nach besonderen Bestimmungen. Anmeldungen sind beim Generalsekretariat zu bewirken. Anträge können gestellt werden von den Vorständen oder Generalversammlungen der einzelnen Verbände, deren Zahlstellen und den Ort und Bezirkskarten der christlichen Gewerkschaften. Die Anträge sind bis 10. Oktober beim Generalsekretariat einzureichen.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands

Bezirk Breslau

Auf Grund des § 10 der Verbandsstatuten findet mit Zustimmung des Zentralvorstandes, am 3. Oktober beginnend vormittags 10^{1/2} Uhr, in Breslau im Lokal „Wratlawia“ (früher Egner), Mauritianusplatz, eine Bezirkskonferenz statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Bezirksleiters,
2. Vortrag des Kollegen Schönelds, Berlin, Mitglied des Zentralvorstandes,
3. Vortrag über Konsumvereine und Stellungnahme dazu,
4. Neuregelung der Bezirksbeiträge,
5. Anträge und Verschiedenes,
6. Wahl des Bezirksvorstandes.

Auf § 10 Absatz 4 der Verbandsstatuten hat jede Verwaltungsstelle mindestens einen Delegierten zu entsenden. Wenn mehrere Delegierte entsandt werden, ist darauf zu achten, daß die einzelnen Berufsvertreter sind. Die Delegierten haben sich durch Mitgliedsbuch und Wahlanzeige des Verwaltungsvorstandes auszuweisen. Die entstehenden Kosten tragen die Verwaltungsstellen.

Anträge zur Bezirkskonferenz sind bis spätestens 28. September an den Bezirksleiter einzureichen.

Der Bezirksvorstand:

J. A.: Franz Gottschall, Bezirksleiter, Breslau, Graupenstraße 11.

Sterbetafel.

Am 20. August starb unser treuer Kollege Math. Seemann infolge eines Unfalles. Ortsgruppe Oberforstbach.

Am 28. August starb unser treuer Kollege Elias Becker aus Naderzell im Alter von 46 Jahren an Blutmarm.

Verwaltungsstelle Fulda.

Am 31. August starb unser lieber Kollege Joseph Entenp (Maurer) im 49. Lebensjahre an Magenleiden. Seit 1905 war er Mitglied unseres Verbandes. Verwaltungsstelle Emmetten.

Am 31. August starb unser Kollege Wilh. Gaus aus Roth-Willenroth (Kreis Gelnhausen) nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 20 Jahren.

Ortsgruppe Esle (Weiß).

Am 1. September starb nach 1^{1/2} jährigem Krankenlager unser treuer Kollege Karl Dehler infolge eines im Felde sich zugezogenen Leidens. In dem Kollegen Dehler verlieren wir ein langjähriges treues Mitglied.

Ortsgruppe Eberscheid.

Ehre ihrem Andenken!